

## **LTWP-11** 11. Aktive Beteiligung – Gefestigte Demokratie

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.09.2020

Tagesordnungspunkt: 2. Kapitel 11 Demokratie und Petitionen – Gegen Rechts

### Text

1 Wir freuen uns, wenn sich Menschen beteiligen, engagieren und einmischen. Nur so  
2 funktioniert unsere Gesellschaft. **Demokratie lebt vom Mitmachen.** Und Demokratie  
3 ist das Fundament, auf dem unsere Werte und Rechte eines friedlichen und  
4 gleichberechtigten Miteinanders gebaut sind. Sei es mit Hilfe von Petitionen,  
5 anhand eines Ehrenamtes oder durch das Wählen selbst: Wir wollen eine Demokratie  
6 der Vielfalt, in der alle Menschen mitreden können und niemand ausgeschlossen  
7 wird.

8 Rechtes Gedankengut und Menschenfeindlichkeit sind dabei die größten Gefahren  
9 für unsere Demokratie. Wir GRÜNE stehen deshalb auf gegen Rechts und sagen **Nein**  
10 **zu Hass und Hetze.** Um unsere Demokratie zu schützen, brauchen wir eine starke  
11 demokratische Zivilgesellschaft und gute **politische Bildungsangebote.** Wir wollen  
12 deshalb die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide senken, die wichtige  
13 Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung weiter unterstützen oder die  
14 Ehrenamtskarte als Dank für ehrenamtliches Engagement noch mehr bewerben. So  
15 werden wir unsere Ziele umsetzen, Bürger\*innen aktiv zu beteiligen und die  
16 Demokratie zu festigen.

#### 17 **Politische Bildung stärken**

18 Die Landeszentrale für **politische Bildung** ist das Herzstück der  
19 Demokratiebildung in Rheinland-Pfalz. Wir GRÜNE wollen daher die Landeszentrale  
20 stärken und ausbauen und die Zusammenarbeit mit Schulen, Hochschulen und anderen  
21 Einrichtungen intensivieren. Durch einen einfachen Zugang zu ihnen erreichen  
22 wir, dass Menschen jeden Alters dieselbe **politische Bildung** genießen können.  
23 Durch Sensibilisierungs- und Monitoringprogramme wollen wir Vielfalt und  
24 Diversität auch im Landtag fördern.

25 Eine wesentliche Säule unserer politischen Bildung ist Gedenkarbeit. Politische  
26 Teilhabe in einer starken Demokratie setzt informierte Bürger\*innen voraus. Zur  
27 politischen Bildung gehören deshalb auch **Erinnerungskultur und**  
28 **Gedenkstättenarbeit.** Die Gräueltaten des Nationalsozialismus müssen in  
29 Erinnerung bleiben. Wir GRÜNE wollen eine stärkere **Vernetzung zwischen**  
30 **Bildungseinrichtungen und Gedenkstätten** und setzen uns dafür ein, weitere  
31 Gedenkorte zu erschließen. Nicht alle Facetten der NS-Zeit sind bereits  
32 wissenschaftlich aufgearbeitet, beispielsweise fehlen genaue Opferzahlen für die  
33 Novemberpogrome. Wir unterstützen Bemühungen den 8. Mai als Tag der Befreiung  
34 vom Nationalsozialismus zum Gedenktag zu erklären – als dauerhaftes Zeichen  
35 unseres Gedenkens.

#### 36 **Mitbestimmung für alle**

37 Wir GRÜNE setzen uns für eine Absenkung des **Wahlalters auf 16 Jahre** ein. Bislang  
38 verhindert die Blockade der CDU eine Änderung der Verfassung und verweigert  
39 somit jungen Menschen ihr Recht auf Mitbestimmung. Auch weitere Einschränkungen  
40 des Wahlrechtes wollen wir abbauen: So machen wir uns stark für das Wahlrecht  
41 auf Kommunal- und Landesebene für Menschen ohne deutsche beziehungsweise  
42 europäische Staatsbürgerschaft.

### 43 **Bürger\*innen beteiligen**

44 Bürgerbeteiligung ist ein **wichtiges Element gelebter Demokratie**. Vor Ort oder  
45 auf Landesebene sollen alle durch qualitativ hochwertige Beteiligung mitgenommen  
46 werden. Um **Brücken zwischen Parlament und Bürger\*innen** zu bauen, sind  
47 Begleitkreise mit gelosten Bürger\*innen für konkrete Reformprozesse eine  
48 Möglichkeit. Elementen der direkten Demokratie stehen wir offen gegenüber und  
49 möchten **die Hürden für Volksbegehren sowie Volksentscheiden absenken**. Ein  
50 wichtiges und niedrighschwelliges Beteiligungsrecht ist das Petitionsrecht. Daher  
51 wollen wir erreichen, dass Petent\*innen schon ab 1000 Mitzeichnungen ein  
52 Rederecht vor dem Petitionsausschuss erhalten. Für mehr Transparenz soll der  
53 Petitionsausschuss bei diesen Petitionen öffentlich tagen.

### 54 **Gemeinsam ehrenamtlich aktiv**

55 Das freiwillige Engagement rheinland-pfälzischer Bürger\*innen ist für einen  
56 sozialen Zusammenhalt und eine starke Bürgergesellschaft unentbehrlich. Wir  
57 GRÜNE wollen das Ehrenamt in Rheinland-Pfalz weiter stärken und ihm  
58 Wertschätzung entgegenbringen, dabei auch das digitale Ehrenamt stärker in den  
59 Fokus rücken. Wer hinter dem Bildschirm sitzt, leistet ebenfalls einen  
60 wesentlichen Beitrag im Ehrenamt.

61 Die Ehrenamtler\*innen in Rheinland-Pfalz können mit der Ehrenamtskarte bereits  
62 landesweit von zahlreichen Vergünstigungen profitieren. Wir GRÜNE wollen **für die**  
63 **Ehrenamtskarte noch mehr Partner\*innen** ins Boot holen und das Angebot für  
64 engagierte Menschen ausweiten. Zudem unterstützen wir **Initiativen zur Gewinnung**  
65 **neuer Ehrenamtler\*innen**. Die Angebote für Freiwilligenjahre wollen wir für alle  
66 Altersgruppen ausbauen und insbesondere die Werbung für das **FSJ** und **FÖJ** weiter  
67 unterstützen.

### 68 **Klare Kante gegen rechte Hetze**

69 Das Land, in dem wir leben wollen, ist bunt, offen und tolerant. Unser Ziel ist  
70 ein **friedliches und demokratisches Miteinander**, geprägt von vorurteilsfreien  
71 Begegnungen, von Toleranz und Offenheit. Unsere Stärke liegt in der Vielfalt.  
72 Aus unserem Zusammenhalt schöpfen wir als Rheinland-Pfälzer\*innen Energie gegen  
73 spalterische Kräfte.

74 Die größte Bedrohung dieser Werte kommt von Rechts. Die Neue Rechte verbreitet  
75 in der gesamten Bundesrepublik Menschenhass. Sie lehnt die **Gleichwertigkeit**  
76 **aller Menschen** ab und versucht, ihr rassistisch geprägtes Weltbild zu  
77 verbreiten. Wozu Menschenfeindlichkeit führen kann, haben die rassistischen,  
78 islamfeindlichen und antisemitischen Anschläge der vergangenen Jahre gezeigt.  
79 Leider gibt es auch in Rheinland-Pfalz rechtsterroristische Gruppen und  
80 rechtsideologische Veranstaltungen. Diese sind unter anderem bei der Identitären  
81 Bewegung, der AfD und deren Jugendorganisation zu verorten.

### 82 **Kontinuierliche Prävention**

83 Die grüne **Strategie gegen Rechts** ist ganzheitlich und reicht von  
84 Aufklärungsarbeit bei Kindern und Jugendlichen bis hin zu Aussteigerprogrammen.  
85 Auf Kommunal- und Landesebene gibt es bereits eine Vielzahl an Initiativen, wie  
86 zum Beispiel das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz oder die mobile  
87 Beratungsstelle gegen rechte, rassistische und antisemitische Gewalt – m\*power.  
88 Wir GRÜNE wollen die Aufgaben der politischen Gewalt- und Extremismusprävention,  
89 der politischen Bildung und der Antidiskriminierungsarbeit stärker bündeln. Wir  
90 wollen eine **gesicherte kontinuierliche Finanzierung** für Projekte gegen Rechts  
91 und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Auf Bundesebene muss ein  
92 Demokratiefördergesetz entstehen, damit finanzielle Mittel an Projekte gegen  
93 Rechts nicht immer nur befristet sind. Kampf gegen Rechts ist eine dauerhafte  
94 Aufgabe. Wir GRÜNE wollen dazu auch unseren finanziellen Anteil als Bundesland  
95 leisten.

96 Die **konsequente Entwaffnung** von Nazis und Reichsbürger\*innen zählt auch zur  
97 Strategie gegen Rechts. Wer Menschen hasst und die Bundesrepublik und ihre  
98 Gesetze ablehnt, darf keine Waffen besitzen. Wir GRÜNE fordern daher, alle  
99 Genehmigungen für Waffen und sprengstoffähnliche Materialien zu widerrufen und  
100 Waffen und Munition sicherzustellen, die im Besitz von Nazis und  
101 Reichsbürger\*innen sind. Dafür brauchen wir eine **Kontrolloffensive** der  
102 kommunalen Waffenbehörden und ein **verschärftes Waffengesetz** auf Bundesebene.

103 Die neue Rechte versucht, sich durch lose Strukturen unbemerkt zu machen und  
104 die Verantwortung durch den Verweis auf „Einzeltäter“ von sich zu schieben. Wir  
105 GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die **Sicherheitsbehörden den neuen**  
106 **Erscheinungsformen von Rechtsterrorismus stärker Rechnung tragen.**

107 Wir GRÜNE wollen den Menschen helfen, die von rechtem Hass betroffen sind. Dies  
108 gilt auch für Kommunalpolitiker\*innen und die engagierte Zivilgesellschaft, die  
109 sich ehrenamtlich für unser aller Wohl einsetzen und immer wieder attackiert  
110 werden. Wir haben bereits erreicht, dass der **Schutz gegen üble Nachrede und**  
111 **Verleumdung im Strafrecht auf Kommunalpolitiker\*innen ausgeweitet** wird. Diesen  
112 Schutz wollen wir weiter ausbauen und auf Prävention setzen. Adressen von  
113 politisch aktiven Menschen müssen noch stärker geschützt werden.

114 Gerade politisch aktive Frauen werden im Netz Opfer von sexualisierter Gewalt;  
115 Antifeminismus ist Teil rechter Ideologie. Wir GRÜNE werden entschieden jedweden  
116 Hass im Netz und digitaler **Gewalt gegen Frauen und Mädchen entgegentreten**. Wir  
117 unterstützen deshalb **Initiativen zur strafrechtlichen Verfolgung** von  
118 Hasskommentaren. Dafür müssen Strafverfolgungsbehörden beispielsweise durch  
119 Fortbildungen noch stärker für sexualisierte, digitale Gewalt sensibilisiert  
120 werden.

### 121 **Rechtes Gedankengut raus aus Behörden**

122 Wir GRÜNE kämpfen nach wie vor dafür, dass keine rechte Partei im Landtag und in  
123 der Kommunalpolitik vertreten ist. Zudem darf es **keine Anhänger\*innen mit**  
124 **rechtem und demokratiefeindlichen Gedankengut im öffentlichen Dienst** geben –  
125 weder in den Gremien der Landesverwaltung noch in den Sicherheitsbehörden. Dazu  
126 werden wir weitere rechtliche Möglichkeiten im Landesdisziplinargesetz prüfen.  
127 Darüber hinaus brauchen wir – neben einem internen Prozess – eine unabhängige  
128 wissenschaftliche Untersuchung zu rechten Einstellungen bei der Polizei. Diese  
129 Studie kann uns wichtige Hinweise für zielgerichtete Prävention bei der Polizei  
130 liefern. Für Kommunen wollen wir ein neues **Förderprogramm Kommunen ohne**  
131 **Rassismus – Kommunen mit Courage** starten.

132 **Rassismus aktiv verlernen**

133 Rassismus fängt in den Köpfen der Menschen an. Bereits in jungen Jahren werden  
134 Vorurteile erlernt. Dabei hat Sprache einen entscheidenden Einfluss auf das  
135 Denken der Menschen. Deswegen wollen wir erreichen, dass der **Begriff „Rasse“ aus**  
136 **der rheinland-pfälzischen Landesverfassung** verschwindet. Es gibt keine Rassen,  
137 sondern nur Menschen. Wir werden eine Formulierung suchen und finden, die aktiv  
138 vor Diskriminierung schützt. Mit einer sprachlichen Anpassung in der Verfassung  
139 ist das Problem aber nicht gelöst. Wir müssen **Rassismus aktiv verlernen**. Dafür  
140 werden wir bestehende **Programme gegen Rassismus** stärken und ausbauen. Bisher  
141 wurde in Rheinland-Pfalz zu wenig zu diesem Thema geforscht. Deshalb halten wir  
142 einen in regelmäßigen Abständen erarbeiteten **wissenschaftlichen Bericht über**  
143 **Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit** in Rheinland-Pfalz für  
144 unbedingt erforderlich.